

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Alfred Grosser

Frankreich und Deutschland

Curt Gasteyger

Die Verbreitung von Kernwaffen

B 48/65

1. Dezember 1965

Alfred Grosser, Professor für Politische Wissenschaften am Institut d'Etudes Politiques, Paris, Studien- und Forschungsdirektor der Fondation Nationale des Sciences Politiques, Generalsekretär des Comité Française d'Echange avec l'Allemagne Nouvelle, geb. 1. Februar 1925 in Frankfurt/Main.

Veröffentlichungen u. a.: L'Allemagne de l'occident, Paris 1953; La démocratie de Bonn 1949—1957, Paris 1958 (deutsch: Die Bonner Demokratie, Düsseldorf 1960); La politique extérieure de la Cinquième République, Paris 1964.

Curt Gasteyer, Dr. jur., Redaktionsmitglied des „Europa-Archivs“ und Redakteur für Politik und Recht beim „Enzyklopädischen Wörterbuch“, Freiburg i. Br.; Dozent im „UN-Training Programme for Foreign Service Officers“, Genf.

Veröffentlichungen u. a.: Die politische Homogenität als Faktor der Förderung, 1955; Die Sowjetunion und die Volksdemokratien, Die Sowjetunion, der Ostblock und Jugoslawien, in: Die Internationale Politik — Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. I (1958) bzw. Bd. II (1961); Die feindlichen Brüder. Jugoslawiens neuer Konflikt mit dem Ostblock, 1960; Perspektiven der sowjetischen Politik, 1962; Die Sowjetunion, Krieg und Abrüstung, 1963 (Hrsg.).

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Frankreich und Deutschland

Freundschaftliche Bindungen und unterschiedliche Interessen

Französische Sympathien für Deutschland

Die französisch-deutschen Beziehungen sind zugleich viel besser und viel schlechter, als man es sich im allgemeinen in den Vereinigten Staaten vorstellt. Besser, weil die frostige Atmosphäre und die Spannungen der Jahre 1964/65 den Blick verstellen für die Festigkeit der Bande, die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geknüpft worden sind; schlechter, weil diese Spannungen nicht allein auf die Person des Generals de Gaulle zurückzuführen, sondern Ausdruck einer tiefgreifenden Divergenz in der politischen Betrachtungsweise sind.

Wer hätte zum Zeitpunkt der Befreiung Frankreichs vorausgesehen, daß zwanzig Jahre später die Antworten auf die Frage: „Wie ist Ihre Meinung in bezug auf Westdeutschland?“ so lauten würden: „gute Meinung“ 52 0/0, „weder gut noch schlecht“ 29 0/0, „schlechte Meinung“ 9 0/0, keine Antwort 9 0/0 — womit Deutschland in der Sympathie der Franzosen an der Spitze aller Länder steht. Um diese Entwicklung eingehend zu erklären, wäre ein Buch erforderlich. Wir wollen lediglich anmerken, daß die Besserung der Beziehungen im Jahre 1954 begann. Bei Kriegsende gab es einige Franzosen, die glaubten, daß man die Zukunft nicht auf Abneigung und Furcht gründen könne. Die meisten von ihnen waren aus der Résistance hervorgegangen. Vielfach waren sie gerade aus deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrt. Sie glaubten nicht an eine Kollektivschuld und wollten jener Minderheit der Deutschen helfen, die ein neues Deutschland aufzubauen versuchte.

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber übernehmen wir den Artikel von Alfred Grosser aus dem Oktoberheft der New Yorker Vierteljahrszeitschrift FOREIGN AFFAIRS und den Beitrag von Curt Gasteyger aus den Zürcher „Schweizer Monatsheften“ vom Oktober 1965.

Sie waren die Organisatoren und Teilnehmer der deutsch-französischen Treffen der Jahre 1945—1950. Sie bildeten eine Art menschlicher Infrastruktur des gegenwärtigen politischen Verhältnisses. Unabhängig von der Tagespolitik gibt es heute — in Botschaften, Ministerien, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftsführungen, Parteien und Berufsorganisationen beider Länder — Männer, die sich seit vielen Jahren kennen und daran gewöhnt sind, miteinander zu arbeiten.

Als sich die anderen europäischen Länder 1963 über den exklusiven Charakter des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages beklag-

Curt Gasteyger:

Die Verbreitung von Kernwaffen . . . S. 13

ten, hatten sie vom politischen Standpunkt aus gesehen zweifellos recht. Aber waren Belgien, Holland oder gar Großbritannien gleich Frankreich bereit, solche engen Beziehungen aufzunehmen? Diese engen Beziehungen reichen von gemeinsamen Kabinettsitzungen bis zum Erfolg des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, das im Juli 1963 begründet worden war und allein im letzten Jahr zur Begegnung von 180 000 Jugendlichen beider Länder auf 6500 Treffen, Tagungen und Studienreisen beigetragen hat. Sie gründen sich auf ein ganzes Netz von Kontakten und früheren gegenseitigen Besuchen — ein Netz, das zwischen Frankreich und Deutschland dichter ist als zwischen einem der beiden Länder und jedem anderen.

Die Wandlung im französischen Wirtschaftsdenken ist eine weitere Erklärung für die Annäherung. General de Gaulle hatte recht, als er im September 1962 zu den Arbeitern in

Duisburg sagte: „Was heute an der Ruhr erreicht wird . . ., ruft in meinem Land nur Sympathie und Befriedigung hervor.“ Der neue Glaube an die Entwicklung hat hier sein Werk getan. Auf politischem Gebiet gilt das gleiche für die Europäische Idee, deren Apostel und Schöpfer Robert Schuman war. Zwar ist die Bundesrepublik ungefähr ebenso groß wie Frankreich, doch wäre das bei einem wiedervereinigten Deutschland nicht der Fall. Daher ist es interessant, daß heute 55 % der Franzosen auf die Frage: „Ist nach Ihrer Meinung

die Wiedervereinigung Deutschlands wünschenswert oder nicht?“ eine bejahende Antwort gaben; nur 26 % äußerten sich negativ. Im Gegensatz zu dem, was man im allgemeinen außerhalb Frankreichs, vor allem in Deutschland, darüber denkt, sehen Franzosen, die sich für politische Probleme interessieren, die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht im Zusammenhang mit „Deutschland“, sondern mit „Ost-West-Beziehungen“ — eine Tatsache, die etwas mit Auffassungen zu tun hat, über die sogleich zu reden sein wird.

Das Klima hat sich abgekühlt

Nach seiner Rückkehr zur Macht trug General de Gaulle außerordentlich zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen bei, wobei er manchmal ganz im Gegensatz zu der Haltung handelte, die er vor 1958 eingenommen hatte. Seit 1963 brachte er es dazu, daß sie sich verschlechterten. In diesem Jahr scheinen sie sich wieder ein wenig erholt zu haben. Ohne Zweifel hat er eine große Anzahl Franzosen, die sich gegen Ende der Vierten Republik noch abwartend verhielten, dazu gebracht, die Idee einer Verständigung mit Deutschland zu akzeptieren. Aber in der Bundesrepublik haben sein politischer Stil — der zunächst verführerisch schien —, sein Anti-Amerikanismus und sein jüngster Flirt mit Moskau das Klima ernstlich abgekühlt. Sein Nationalismus wird gerade von jenen Deutschen gefürchtet, die am meisten dem demokratischen Staat zuneigen, der in Deutschland noch immer nicht ge-

nügend gegen eine verhängnisvolle Ansteckung immunisiert ist. Der Deutsch-Französische Vertrag vom 22. Januar 1963 hat der Christlich-Demokratischen Union ganz gewiß nicht in ihrem Wahlkampf geholfen.

Aber das alles ist nicht das Wesentliche. Sollte de Gaulle abtreten, sollte ein „Europäer“ wie Maurice Faure die Nachfolge Couve de Murvilles am Quai d'Orsay antreten, würde das Klima sich zweifellos ändern, und manche heftige Konflikte über die Probleme Europas und der Atlantischen Allianz würden entschärft. Aber Franzosen und Deutsche, so eng verbunden sie auch sind, nähmen nach wie vor verschiedene Standpunkte zu einigen zentralen Fragen ein. Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ist eine Ehe geschlossen worden. Eine Scheidung ist höchst unwahrscheinlich, aber die Ehegatten gehören verschiedenen Bekenntnissen an.

Die Folgen des Kalten Krieges

Ihre Lage war von Anfang an unterschiedlich. Die Teilung der Welt und der Kalte Krieg hatten für Frankreich nicht dieselbe Bedeutung wie für Deutschland. Seit 1947 sah sich die französische Politik gezwungen, nach und nach ihre Ziele (die zu dieser Zeit darin bestanden, Deutschland niederzuhalten und zu dezentralisieren) aufzugeben, um die amerikanische Sicherheitsgarantie zu erlangen. Bezeichnenderweise erfolgte die Verschmelzung der franzö-

sischen Besatzungszone mit der britisch-amerikanischen Zone gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes. Sogar zu diesem Zeitpunkt wollten die Franzosen den Gedanken einer Ost-West-Entspannung nicht aufgeben, weil eine Verminderung der Gegensätze den innerfranzösischen Zwiespalt zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten lindern und zugleich den Machtstatus Frankreichs verbessern würde.

In Perioden der Spannung jedoch erhielt das Militärpotential eines entschieden antikommunistischen Westdeutschland größere Bedeutung. Daß Deutschland seine Souveränität wiedergewinnen und seine Rolle im internationalen Kräftespiel wieder aufnehmen konnte, war zweifellos in erster Linie eine Folge des Kalten Krieges. Im Jahre 1949 waren die Bundesrepublik und der Nordatlantikpakt gleichsam wie Zwillinge dem Ost-West-Konflikt entsprossen. Seit 1948 hatte die Berlin-Krise den besiegt Feind in einen Verbündeten und die Hauptstadt des Preußentums und des Hitlerreiches in ein Symbol der Freiheit verwandelt. Die Spannung würde unzweifelhaft die Teilung Deutschlands verschlimmern, aber sie würde auch und vor allem der Bundesrepublik dazu verhelfen, das Hauptziel ihrer Außenpolitik zu erreichen, nämlich das Recht, eine Außenpolitik zu haben — etwas, was ihr durch das Besatzungsstatut ursprünglich verwehrt war. Im März 1951 wurde die Bonner Regierung ermächtigt, ein Außenministerium ins Leben zu rufen, damit sie den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnen konnte und besser dafür gerüstet war, an den Vorbereitungen für

die deutsche Wiederbewaffnung teilzunehmen. Die Schaffung Europas hatte weitere Schritte auf die Gleichberechtigung hin im Gefolge. Supranationale Einrichtungen bedeuteten für die Bundesrepublik äußerstenfalls den Verzicht auf den Erwerb von etwas, was sie noch nicht hatte. Für Frankreich bedeuteten sie hingegen die Aufgabe einer durchaus festgefühten Souveränität. Dies erklärt teilweise, weshalb die französische Haltung gegenüber der politischen Integration 15 Jahre lang — von Bidaults verschleierte Weigerung im Jahre 1953 bis zu den donnernden „Nons“ des Generals de Gaulle — immer reservierter war als die der deutschen. Ebenso ist der Status der Ungleichheit innerhalb der NATO sehr viel weniger akzeptabel für die Franzosen, die einst zu den Großen Vier zählten, als für die Bundesrepublik, die die Atlantische Allianz unter amerikanischer Vorherrschaft verglichen mit der Situation von 1945 oder auch 1948 als ein Paradies der Gleichheit ansieht. Konrad Adenauer wußte, als er die Initiative in Richtung auf die Wiederbewaffnung ergriff, sehr wohl, in welchem Maße dies die Position des jungen Staates verbessern würde.

Souveränität und Wiedervereinigung

Der Wunsch, die Ausübung der Souveränitätsrechte zu normalisieren, findet in Deutschland jedoch seine Grenzen in den Gegebenheiten des wichtigsten nationalen Problems — der Verteidigung Berlins und der Wiedervereinigung. Die Pariser Verträge, die im Mai 1955 in Kraft traten, stellen ausdrücklich fest, daß sich „die Drei Mächte die Rechte und Verantwortlichkeiten vorbehalten, die sie zuvor ausgeübt haben oder die ihnen vorbehalten waren in bezug auf Berlin oder Angelegenheiten, die ganz Deutschland betreffen, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und der endgültigen Friedensregelung.“ Kein deutscher Politiker spricht davon, diese Klausel zu revidieren, obgleich sie eine schwerwiegende Beschränkung der vollen Souveränität darstellt. Der Grund dafür ist, daß diese Beschränkung zugleich eine Garantie dafür darstellt, daß die Bundesrepublik sich nicht allein

mit der Sowjetunion oder Ulbrichts Deutschland konfrontiert sieht. Die drei Westmächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen, hieße den Sowjets die Rechtfertigung dafür zu liefern, dasselbe zu tun. In dieser Angelegenheit ist die Sowjetunion immer sehr vorsichtig gewesen. Obwohl Chruschtschow sechs Jahre lang erklärt hatte, wie überholt die Vereinbarungen von 1945 seien, stellt der „Vertrag über Freundschaft, Beistand und Zusammenarbeit“ zwischen der Sowjetunion und der „DDR“, der am 12. Juni 1964 in Moskau unterzeichnet wurde, in Artikel 9 genau fest, daß die im Potsdamer Abkommen niedergelegten Rechte und Verpflichtungen unangetastet bleiben.

Unter diesen Umständen mußte de Gaulles Erklärung in seiner Pressekonferenz vom 4. Februar 1965, daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch Verhandlungen zwischen

Ost- und Westeuropa erreicht werden sollte, die Deutschen in Bestürzung versetzen. Die vernünftige Feststellung, daß die deutsche Frage nicht ohne Zustimmung Polens und der Tschechoslowakei gelöst werden könne, findet bei den Deutschen wenig Anklang. Sie waren schockiert darüber, daß de Gaulle jeden Hinweis auf die Viermächte-Verantwortung, und das heißt die amerikanische Verantwortung, vermissen ließ. Paris bemühte sich durch zahlreiche Erklärungen, die Wogen wieder zu glätten; aber hier war ein lebenswichtiger Nerv getroffen worden. Die Bundesrepublik ist

zwar mehr als Frankreich geneigt, ein supranationales Europa zu bejahen, sie setzt jedoch den durch ein vereinigtes Europa auszuübenden Befugnissen im voraus Grenzen. Für die Deutschen liegt die deutsche Frage nicht in europäischer Zuständigkeit, um so mehr, als es nicht allein um die Wiedervereinigung geht, sondern auch und in erster Linie um die Verteidigung des freien Teils des geteilten Deutschlands, die Bundesrepublik mit West-Berlin, die durch ein kommunistisches Deutschland bedroht wird, das wiederum Rücken-deckung seitens der UdSSR erhält.

Zwangsvorstellung Sicherheit

Der wesentlichste Unterschied in den Auffassungen von Franzosen und Deutschen liegt in der Frage der Sicherheit. Eine seltsame Wandlung hat sich hier seit der Zwischenkriegsperiode ergeben. Nach 1918 war Sicherheit für die Franzosen eine Zwangsvorstellung. Die Maginotlinie war ein Zeichen der Furcht, die weitgehend aus dem Bewußtsein der Schwäche infolge der schrecklichen Massaker des Krieges und der ungünstigen demographischen Struktur resultierte. Seit 1948 ist Sicherheit für Deutschland eine Zwangsvorstellung, und auch hier wieder entspringt sie einem Bewußtsein der Schwäche — dieses Mal im Hinblick auf die Sowjetunion. Die Franzosen andererseits haben sich noch nie so sicher gefühlt wie in den Jahren 1947—1949. Gewiß gab es Befürchtungen in diesen Jahren. Als General de Gaulle im Frühjahr 1947 wieder ins politische Leben zurückkehrte, tat er das, weil er glaubte, der dritte Weltkrieg stünde nahe bevor. Die französische Diplomatie war im folgenden Jahr mit solchem Eifer bemüht, eine amerikanische Garantie zu erhalten, weil die kommunistische Machtübernahme in Prag Frankreich zu der Auffassung gebracht hatte, ein neuer sowjetischer Vorstoß sei in unmittelbarer Zukunft zu erwarten und es müßten daher Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Aber nach und nach legten sich diese Befürchtungen. Heute glaubt niemand an die Möglichkeit eines Krieges in Europa, einerseits weil man die UdSSR für friedlich hält (warum sollte sie ihren Aufbau aufs Spiel setzen?), anderer-

seits weil man stillschweigend auf die Wirkung des „Gleichgewichts des Schreckens“ vertraut.

Da nun keine Gefahr besteht und (oder) weil die Vereinigten Staaten die Zerstörung dieses Gleichgewichtes nicht zulassen können, sind die Armee oder die nationale Atomstreitmacht nicht so sehr als Instrumente der Sicherheit notwendig. Vielmehr sind sie als diplomatische Waffen zu benutzen, besonders innerhalb der westlichen Welt. Die Deutschen glauben, daß die Gefahr besteht, die Vereinigten Staaten könnten Europa nicht verteidigen, und ziehen daraus die Folgerung, die Amerikaner dürften nicht vor den Kopf gestoßen oder abgeschreckt werden. General de Gaulle kann es sich erlauben, sie zu provozieren, weil er nicht wirklich an die sowjetische Bedrohung und auch nicht an einen amerikanischen Rückzug glaubt. Die französische Atomstreitmacht ist hauptsächlich als politischer Auslösemechanismus angelegt. Da die Sowjetunion in der Lage ist, die Vereinigten Staaten zu vernichten, können die Europäer nicht sicher sein, daß die Sowjets an den amerikanischen Gegen-schlag glauben, der für die Amerikaner doch das Risiko des Selbstmords heraufbeschwört. Es müßte also ein Mittel gefunden werden, um die UdSSR davon zu überzeugen, daß ein Konflikt sich zum Atomkrieg ausweiten würde, und zwar auf Grund einer französischen Entscheidung. Aber sogar die Auslösetheorie hat zur Voraussetzung, daß der Rückzug der Amerika-

ner aus Europa nicht das Ende der Sicherheit bedeuten würde.

Für die Deutschen ist das Gegenteil richtig. Das einzige Mittel, um die Sicherheit Europas in einer Periode zu verbürgen, in der Gegen-schlag und Risiko des Selbstmordes miteinander verknüpft sind, liegt darin, daß eine größtmögliche amerikanische Streitmacht nahe der Linie stationiert ist, die die beiden Lager voneinander trennt. Jede Verletzung dieser Grenzlinie wird dann sofort zu amerikanischen Verlusten führen und die Vereinigten Staaten zwingen, zurückzuschlagen. Damit würde die so sehr gefürchtete Eskalation beginnen. Gerade dieser Umstand dient am besten dazu, jeden Angriff von vornherein zu unterbinden. Die Schwäche der französischen Position liegt hauptsächlich darin, daß sogar General de Gaulle bisher die deutsche Argumentation im

Hinblick auf Berlin akzeptiert hat. Diese Argumentation wird von allen westlichen Regierungen geteilt und erklärt, weshalb sie jeden Vorschlag, die Stadt zu internationalisieren oder zu neutralisieren, zurückgewiesen haben. Wenn es keine westlichen und vor allem keine amerikanischen Soldaten in West-Berlin gäbe, würde ein Angriff des Ostens kein Risiko in sich bergen. Kein amerikanischer Präsident könnte glaubwürdig mit einem atomaren Gegenschlag drohen, um ein *fait accompli* rückgängig zu machen. Auf der anderen Seite würde der Tod amerikanischer Soldaten jeden amerikanischen Präsidenten zwingen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und damit die Eskalation in Gang zu setzen. Darin liegt ein beträchtliches Risiko für den Osten. Warum sollte, so fragen die Deutschen, etwas, was für Berlin gilt, nicht für ganz Europa gelten?

Vertrauen in die Vereinigten Staaten

Ohne das Paradoxon zu weit zu treiben, kann man sagen, daß die Frage nach dem Vertrauen in die Vereinigten Staaten sich für die Franzosen kaum stellt, während sie für die Deutschen im Mittelpunkt ihrer außenpolitischen Überlegungen steht. Die Deutschen unternehmen zahllose Versuche, im Weißen Haus oder im amerikanischen Außenministerium Zusicherungen zu erhalten. Sie müssen sich selbst immer wieder vergewissern, daß sie Vertrauen in die Vereinigten Staaten haben können, daß die USA sie nach wie vor bei ihrer Konfrontation mit jener riesigen Macht unterstützen, die 17 Millionen Deutsche in Gefangenschaft hält und die Freiheit der übrigen bedroht. Und um Vertrauen zu haben, muß man selbst Vertrauen ausstrahlen. Frankreich kann es sich erlauben, bis an den Rand der offenen Beleidigung der Vereinigten Staaten zu gehen. Sogar das Mißtrauen, das General de Gaulle hervorruft, erreicht nicht die Tiefenschichten des amerikanischen Kollektivbewußtseins; die Bundesrepublik hingegen, Erbe der lastenden deutschen Vergangenheit, liefert zahllose Beweise der Ergebenheit, ohne daß die amerikanische öffentliche Meinung sich darum einmal weniger

fragte, wieviel Vertrauen man in die Deutschen setzen könne.

Die Stellung, die die Vereinigten Staaten in den deutschen Wahlkämpfen einnimmt, ist in dieser Hinsicht bezeichnend. In den Jahren 1953 und 1957 mußte die SPD zum Teil deshalb Wählerstimmen einbüßen, weil viele Wähler glaubten, daß eine Regierungsübernahme der SPD das Vertrauen der Amerikaner in die Bundesrepublik erschüttern würde und daß folglich Deutschland sich nicht mehr in demselben Maße auf den Schutz und die Unterstützung der Vereinigten Staaten verlassen könne. Im Jahre 1961 versuchte die SPD dieses Handicap zu überwinden, und 1964/65 hat sie eine vollständige Kehrtwendung gemacht. Im Gegensatz zu den manchmal gespaltenen christlichen Demokraten hat die SPD eindeutig auf die Karte der Treue zu den Vereinigten Staaten gesetzt. Nicht für einen Augenblick hat sie in ihrer Billigung der amerikanischen Politik geschwankt, weder im Hinblick auf Vietnam noch auf Santo Domingo. In Frankreich dagegen lautet die Streitfrage zwischen Gaullisten und Anti-Gaullisten nicht, ob man die Vereinigten Staaten kritisieren dürfe, sondern mit welchen Ausdrücken man dies

tun soll. Gaston Defferres letzte Erklärung, bevor er seine Präsidentschaftskandidatur zurückzog, sprach von dem „schwerwiegenden politischen Irrtum“ von Santo Domingo und warf de Gaulle vor, er gebe sich damit zufried-

den, „den Amerikanern ein paar unangenehme Dinge zu sagen“ in einem Moment, „wo es besser wäre, uns gegen die Invasion amerikanischen Kapitals und amerikanischer Unternehmungen zum Widerstand zu rüsten.“

Deutscher Europazentrismus — französischer Globalismus

Die französisch-deutschen Divergenzen in Fragen der Verteidigung und des Vertrauens werden in gewisser Weise symbolisiert durch die militärischen Realitäten der NATO. Hier eröffnet sich auch noch ein weiterer Unterschied — der zwischen dem deutschen „Europazentrismus“ und dem französischen „Globalismus“. Der Fehlbetrag im französischen Beitrag zu den NATO-Streitkräften ist beinahe so alt wie die Organisation selbst. Während der Fünften Republik ist er den Auflösungsstendenzen zuzuschreiben, der Weigerung, die Integration mitzumachen. In der Vierten Republik war die französische Armee in Indochina, dann in Algerien, jedenfalls nicht in Europa. Die gemeinsame Verteidigung gegen den Osten in Europa war und bleibt nur ein französisches nationales Interesse unter anderen Interessen.

Umgekehrt gibt es zehn Jahre nach dem Beginn der deutschen Wiederbewaffnung genau genommen keine deutsche Armee. Abgesehen von einigen Grenzschutzverbänden sind alle von der Bundesrepublik aufgestellten Divisionen in die NATO integriert. Diese vollständige Integration entstand in erster Linie aus Mißtrauen. Die Unterstellung der deutschen Armee unter NATO-Kommando kam dem Sicherheitsbedürfnis seiner Partner angesichts einer möglichen neuen deutschen Aggression entgegen, einer Aggression nach Osten eher als nach Westen. Ihr zweiter Ursprung war der Wunsch der Deutschen, sich der Anwesenheit der Amerikaner zu versichern. Mit einer integrierten Struktur ist das leichter zu erreichen als mit nationalen Armeen. Das Fehlen eines deutschen Gegenstücks zu den „Eingreifverbänden“, dem wichtigsten Teil der französischen Militärorganisation, ist darauf zurückzuführen, daß die Bundesrepublik außerhalb des NATO-Bereiches keine Verpflichtungen und keine Interessen hat.

Verständlicherweise ist die deutsche Außenpolitik allzusehr mit dem deutschen Problem beschäftigt. Das Fehlen von Kritik an der amerikanischen Politik in Vietnam oder Santo Domingo rührt nicht nur daher, daß man sich mit den Amerikanern gutstellen möchte, sondern entspringt auch einem Mangel an Interesse. Die Wirtschaftsgrößmacht Bundesrepublik hat nicht das geringste Bedürfnis, auch eine politische Großmacht zu sein. Weder in Brasilien noch in Indien noch sonstwo verfolgen das deutsche Kapital und die deutschen Stahlwerke einen politischen Zweck, außer insoweit, als die deutsche Frage betroffen ist. Eine afrikanische oder asiatische Regierung ist „gut“ oder „schlecht“, je nachdem ob sie die „DDR“ anerkennt oder nicht. Die Deutschen sind der Meinung, daß sie mit der Hilfe für Berlin, mit der Wiederbewaffnung und mit ihrer festen antikommunistischen Haltung an der Elbe genug zu der gemeinsamen Sache beitragen, um die Verantwortung für die übrige Welt den anderen überlassen zu können.

Auf diese Weise erfüllen sich die kühnsten Hoffnungen der Sieger von 1945, die jeden Willen zur Macht aus der Seele des deutschen Volkes herausreißen wollten. Nichtsdestoweniger ergeben sich daraus Probleme, besonders im Hinblick auf die Zukunft Europas. Die „europäischen“ Gegner General de Gaulles in Frankreich geben sich einer Täuschung hin, wenn sie glauben, ein vereinigtes Europa würde eine bedeutende Rolle in der Weltpolitik spielen. Eine gemeinsame Außenpolitik würde notwendigerweise dadurch beeinflußt werden, daß die Deutschen sich einer solchen weltpolitischen Rolle Europas widersetzen würden. Ein vereinigtes Europa müßte auch die Priorität in Betracht ziehen, die die Deutschen dem deutschen Problem beimessen. Hier ist die Eile, mit der die Deutschen die politi-

sche Integration Europas fordern, ein wenig verwirrend. Welche deutsche Regierung könnte z. B. in voraussehbarer Zukunft eine Mehrheitsentscheidung über Fragen wie die polnischen Grenzen oder den Status der „DDR“ akzeptieren. Verantwortliche Deutsche weichen dieser Frage aus. Sie betrachten es als selbstverständlich, daß ein vereinigtes Europa gegenüber dem Osten die Politik verfolgen würde, die sie wünschen.

Dies könnte eine Illusion sein, ebenso wie das Argument der französischen „Europäer“, daß ihre fünf Partner ebenfalls an die Idee eines Europas als Dritter Kraft glaubten. Denn das einzige Land, das weltweite Interessen derselben Größenordnung wie Frankreich hat, Großbritannien, gehört nicht zum Europa der Sechs. Man könnte zahlreiche gleichartige Aussprüche britischer und französischer Politiker, der Regierung und der Opposition, zitieren, die von der Notwendigkeit sprechen, Streitkräfte zu unterhalten, um außerhalb Europas intervenieren und auf die Weltpolitik, vor

allem auf die Politik der Vereinigten Staaten, Einfluß nehmen zu können. Großbritannien und Frankreich müssen sich die schreckliche Frage stellen: Wie behält man Einfluß auf die Weltpolitik, nachdem man aufgehört hat, eine Weltmacht zu sein? Der gemeinsame Fehlschlag von Suez war ein Symbol. Beide Länder suchen nach einer neuen Basis für ihren Einfluß auf die Weltpolitik. Entsprang Großbritanniens Wunsch, sich Europa anzuschließen, nicht weitgehend der Hoffnung, daß es durch Europa den Einfluß wiedergewinnen könne, den es — sogar zusammen mit dem Commonwealth — nicht mehr besitzt? Ganz ähnlich sieht General de Gaulle Europa hauptsächlich als ein Mittel an, um den französischen Einfluß auszudehnen. Seine sozialistischen und volksrepublikanischen Widersacher, die gleich ihm die Solidarität Frankreichs mit den jungen afrikanischen Staaten verteidigen, sind kaum mehr als er bereit, Europa zu erlauben, an Stelle der sprachlichen, kulturellen und intellektuellen „Présence“ Frankreichs zu treten.

Unterschiedliche ideologische Orientierung

Hinsichtlich der Dritten Welt gibt es noch eine weitere Divergenz in den Auffassungen Frankreichs und Deutschlands, und deren Ursache liegt in der unterschiedlichen ideologischen Orientierung. Die Konsequenzen machen sich auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar, von den Beziehungen zum Osten bis zu den Zielen der Gewerkschaften. Wenn man die Rechte als Verteidigung der bestehenden Ordnung und die Linke als Versuch der Errichtung einer neuen Ordnung definiert, steht Frankreich (von der Idee mehr als von ihrer politischen oder technischen Realisierung her) deutlich weiter auf der Linken als die Bundesrepublik. Anti-Amerikanismus allein genügt nicht, um einen gewissen französischen „Castroismus“ und die lebhafteste Kritik an der Landung in Santo Domingo zu erklären. Hinzu kommt die Sympathie für die, die im Namen der Freiheit und der Gleichheit gegen jene revoltieren, die Reichtum und Macht besitzen. Und wenn der Fortschritt nur durch den Sozialismus erzielt werden kann, so meinen die Franzosen, dann muß man eben den Sozialis-

mus einführen. Autoritarismus, der alte Lebensformen zum Wohle der Enterbten verändert, ist gerechtfertigt, während Liberalismus, der nur die Privilegierten begünstigt, nicht toleriert wird. Die Deutschen, die durch die antikommunistische Ideologie beherrscht werden, geben sich leichter mit den amerikanischen Erklärungen — gestern über Guatemala, heute über Santo Domingo — zufrieden, die dazu neigen, mit Kommunismus gleichzusetzen, was in französischen Augen der Versuch ist, ein größeres Maß an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Dieser ideologische Unterschied spielt auch eine bedeutende Rolle in europäischen Angelegenheiten. Die französische Vorliebe für die Idee der Planung entspringt teilweise der Überzeugung, daß die wirtschaftliche und soziale Ordnung geändert werden muß, während die Deutschen, die lieber die „Gesetze des Marktes“ sich auswirken lassen, mit der westlichen Gesellschaft mehr zufrieden sind. Infol-

gedessen hat die wirtschaftliche Integration, die Schaffung einer wahren Wirtschaftsgemeinschaft in Europa, mehr Anhänger in Frankreich als in Deutschland, während das Gegenteil für die politische Gemeinschaft gilt. Sollte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft das französische System der „flexiblen Pla-

nung“ übernehmen, würde sie etwas ganz anderes werden als ein bloßer gemeinsamer Markt. Aber eben dieses „geplante Europa“ ist es, was Bundeskanzler Erhard fürchtet, einfach wegen der Risiken, die es für die Marktwirtschaft der Bundesrepublik im Gefolge haben würde.

Fortschrittliche und reaktionäre Unterdrückung

Die unterschiedlichen ideologischen Grundhaltungen haben sogar noch wichtigere Rückwirkungen auf die Ansichten über den sowjetischen Osten. Es spricht vieles dafür, daß jede Veränderung in Richtung einer Lockerung des Totalitarismus in Deutschland unter- und in Frankreich überschätzt wird. Auf deutscher Seite steht die Idee der westlichen Zivilisation, die dem Wesen nach gut ist, der Idee der kommunistischen Welt gegenüber, die dem Wesen nach schlecht ist. Frankreich hat in bezug auf die Ärgernisse, Fehlschläge und Ungerechtigkeiten der westlichen Zivilisation ein schlechteres Gewissen als Deutschland, und die östlichen Regime erscheinen weniger allgemein tadelnswert. Überdies haben die Franzosen in der Schule gelernt, daß Terror und Unterdrückung manchmal nur vorübergehende Phänomene in einer allgemeinen Bewegung auf den Fortschritt hin sein können: Die französische Revolution hat die Humanität trotz des Blutes, das sie vergoß, vorangebracht. Infolgedessen legen viele Franzosen — und nicht nur diejenigen auf der Linken — einen doppelten Maßstab an, wenn es um Gewaltanwendung geht. Ein Student, den Franco einsperrt, ruft mehr Emotionen hervor als zehn Studen-

ten, die Ulbricht ins Gefängnis wirft. „Reaktionäre“ Unterdrückung gehört irgendwie zu einer anderen Sorte als Unterdrückung im Namen des „Fortschritts“. Gleichzeitig sind die Franzosen sehr viel mehr geneigt als die Deutschen, die Entwicklung im Osten gelassen zu betrachten und vor allem nicht die völlige „Verwestlichung“ der Volksdemokratien zu verlangen.

Als vor einigen Jahren Walter Hallstein, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von einem Europa bis zum Ural sprach, war das, was er meinte, nicht sehr verschieden von John Foster Dulles' Idee des „roll-back“. Wenn General de Gaulle den Ausdruck „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ benutzt, meint er die Wiedervereinigung des Kontinents nach der Liberalisierung (aber ohne vollständige „Verwestlichung“) der Länder des Ostens. Sicherlich kommen hier einige rein französische Überlegungen ins Spiel, etwa die alten Bande mit Polen und der Tschechoslowakei. Aber der ideologische Aspekt ist wahrscheinlich noch bedeutsamer: Hätten sie die Wahl zwischen Gomulka und Salazar, würde die Mehrheit der Franzosen sich für den ersteren entscheiden, die Mehrheit der Deutschen für den letzteren.

Die Bundesrepublik braucht eine Aufgabe

Dieser mehr als simplifizierende Überblick bedarf natürlich einer Differenzierung. So spricht etwa Rolf Lahr, einer der Staatssekretäre des Bonner Auswärtigen Amtes, in Bukarest von der „europäischen Solidarität“, die die Bundesrepublik mit Rumänien verbindet, und die „Zeit“ und der „Spiegel“ nehmen eine „französische“ Haltung gegenüber Osteuropa ein.

Davon abgesehen, wird die Tagespolitik nach wie vor von den General de Gaulle eigentümlichen Auffassungen mit ihren widersprüchlichen und verderblichen Aspekten hinsichtlich der deutschen Probleme beherrscht werden. Die Bundesrepublik brauchte und braucht weiterhin eine Aufgabe, die mehr ist als eine bloß nationale, um von der Fixierung auf ihr eige-

nes Problem loszukommen. Bis jetzt gab es zwei: eine negative — Verteidigung gegen den Kommunismus — und eine positive — die Errichtung Europas. Aber die französische Politik gegenüber der Bundesrepublik besteht gegenwärtig darin, ihr vorzuwerfen, sie beschränke sich auf die erste, während sie sich weigert, ihr zu gestatten, die zweite zu vollenden.

Aber die tiefgehenderen und dauerhafteren Differenzen, die hier analysiert worden sind, sind nicht weniger real. Die amerikanische Presse und die amerikanische Führung neigen dazu, sie zu unterschätzen — so wie sie gleichzeitig umgekehrt die Anzahl und die Stärke der Bande unterschätzen, die heute Frankreich und Deutschland miteinander verknüpfen.

Die Verbreitung der Kernwaffen

Wird die Welt von morgen mit einer Vielzahl von Nuklearmächten zu leben haben? Oder wird es unserer Generation, die die erste Atombombe explodieren ließ, gelingen, die Verseuchung der Welt mit dieser Waffe wirksam zu verhindern? Wie immer auch die Antwort auf diese Frage lauten mag, wir werden uns damit abfinden müssen, daß das Problem der nuklearen Proliferation — die Übernahme

von Kernwaffen durch Länder, die bisher noch nicht Atomkräfte waren — in all seinen politischen, militärischen, wirtschaftlich-sozialen, ethischen und psychologischen Aspekten ungleich komplex und langwierig ist. Wir werden, in der einen oder anderen Weise, mit ihm leben müssen. Damit ist zugleich auch gesagt, daß es weder rasch noch einfach gelöst werden kann.

Überschätzung der Proliferationsgefahr?

Vielleicht werden wir in zehn oder zwanzig Jahren erkennen, daß wir uns dem falschen Problem zugewendet haben oder die nukleare Proliferation keineswegs so gefährlich war, wie es uns heute scheint. Zum mindesten haben wir heute die Einsicht gewonnen, daß das Schreckbild einer nuklearen Anarchie mit 20 Nuklearmächten in den nächsten fünf oder zehn Jahren übertrieben ist. Auch wurde die Befürchtung, daß die weitere Verbreitung der Kernwaffen die Wahrscheinlichkeit atomar geführter Kriege vergrößert, durch die bisherige Erfahrung nicht bestätigt. Seit den Bomben auf Hiroshima und Nagasaki sind keine Nuklearwaffen mehr für militärische Zwecke eingesetzt worden, dafür wurden unzählige Kriege und Konflikte mit konventionellen Waffen ausgetragen. Der Ausbruch der meisten dieser Kriege stand in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der bisherigen nuklearen Proliferation, sondern hatte ganz andere Gründe. Noch fehlen Beweise, ob sich dies mit der Erhöhung der Zahl nuklear bewaffneter Staaten grundlegend ändern wird. Ebenso fraglich ist, ob die Proliferation die so gerne gerühmte, im Grunde aber doch recht prekäre weltpolitische Stabilität der Gegenwart aus den Angeln heben würde.

Viel ernster ist jedoch die zweite Befürchtung: daß eine ungehinderte Verbreitung der Kern-

waffen der heute noch äußerst wirksamen politischen und technischen Kontrolle entgleiten und in die Hände unverantwortlicher Regierungen oder gar privater Gruppen fallen könnten. Aber selbst dort, wo diese Waffen von politisch stabilen und militärisch rein defensiv orientierten Staaten (wie etwa die Schweiz oder Schweden) erworben würden, birgt die Proliferation erhebliche Risiken. Diese Risiken brauchen nicht mit dem betreffenden Lande selbst zusammenzuhängen; sie können sich vielmehr aus dessen geographischer Lage ergeben oder den politischen Umständen, unter denen die Waffen erworben werden. Proliferation ist ansteckend. Es ist eine Sache, wenn Kanada, das an die amerikanische Nuklearmacht grenzt, Kernwaffen produzieren sollte, und eine andere, wenn dies Israel oder Indien tun, die beide in einer Region politischer Spannungen und Rivalitäten liegen und mit diesem Schritt fast unvermeidlich eine Kettenreaktion auslösen würden.

Größe und Gefahr nuklearer Proliferation hängen somit vor allem von den Verhältnissen ab, unter denen sie erfolgt, und von den Auswirkungen, die sie auf die Umwelt haben kann. So gesehen erweist sich allerdings die Proliferation als eine Rechnung mit vielen Unbekannten, deren Gefährlichkeitsgrad wir zwar nicht kennen, wohl aber ahnen können.

Perspektiven der Proliferation

Rückblickend ist man erstaunt, festzustellen, daß in einem Vierteljahrhundert nicht mehr als fünf Staaten, die zufälliger- oder vorausschauenderweise mit den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates identisch sind (rechnet man das kommunistische China als Anwärter auf den fünften Sitz), für die nukleare Bewaffnung optiert haben.

Von den ersten feststellbaren Experimenten im Jahre 1940 an gerechnet dauerte es fünf Jahre, bis die Vereinigten Staaten ihren ersten Atomtest durchführen konnten (1945); bei der Sowjetunion waren es bereits neun Jahre (1949), bei Großbritannien 12 (1952), bei Frankreich 20 (1960) und bei China 24 Jahre (1964). Mit Ausnahme einer zeitweiligen Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien und, in sehr viel geringerem Maße, zwischen der Sowjetunion und China haben alle diese Staaten ihr Nuklearprogramm unabhängig voneinander, das heißt auf rein nationaler Basis durchgeführt. Das zeigt, daß bis heute die Proliferation nur im Sinne der *Eigenproduktion von Kernwaffen* und nicht durch ihre Weitergabe an Drittstaaten erfolgt ist. Bis heute fehlt also jede Erfahrung, ob und in welcher Weise Nuklearmächte ihr Wissen und ihr Potential an nichtnukleare Staaten übertragen. Noch scheint es kaum glaubhaft, daß China den entscheidenden Durchbruch mit einer Hilfe an Indonesien tun sollte, wie viele Beobachter annehmen.

Es mag sein — sofern wir Glück haben —, daß das Schrittmaß der Proliferation weiterhin langsam bleibt. Trotzdem wird es kaum nochmals fünfundzwanzig Jahre dauern, bis sich — ohne ein Non-Proliferations-Abkommen — die Zahl der Nuklearstaaten verdoppelt. Entscheidende technische Informationen sind heute leicht zugänglich, natürliches Uran und selbst spaltbares Material sind in großen Mengen vorhanden, und viele Länder produzieren in ihren Reaktoren Plutonium, das sie gegebenenfalls auch für militärische Zwecke verwenden können.

Fünf Staaten haben sich bisher für eine eigene Nuklearbewaffnung entschieden, zwei Staaten (Kanada und die Bundesrepublik Deutschland)

haben darauf verzichtet, und über hundert Staaten sind noch nicht an jenem Punkt angelangt, an dem sie diese schwerwiegende Entscheidung zu treffen haben. Die Vorstellungen von einer Nuklearmacht und dem, was es braucht, um diesen rüstungs- und machtpolitischen Status zu erreichen, haben sich in jüngster Zeit entscheidend geändert. Seitdem Frankreich und das wirtschaftlich noch unterentwickelte China den Schritt von der konventionellen zur nuklearen Macht ohne ernste Folgen für ihre Wirtschaft, dafür aber mit einer gewaltigen Steigerung ihres Ansehens tun konnten, hat die Atombombe viel an Anziehungskraft gewonnen. Darin liegt ein nicht zu unterschätzender Anreiz für die Proliferation. Dies um so mehr, als diese Neubewertung umgekehrt zu einem Absinken des moralischen und politischen Prestiges so hochindustrialisierter, aber *nichtnuklearer* Staaten wie Kanada und Schweden geführt hat.

Das braucht nicht immer so zu bleiben; viel hängt davon ab, unter welchen Bedingungen der Verzicht einer potentiellen Nuklearmacht auf die nukleare Bewaffnung geschieht. Wo aber soll die Trennungslinie gezogen werden, die ein für allemal die Nuklearmächte von den nuklearen „Habenichtsen“ trennen wird? Man wird sich darüber klar sein müssen, daß durch sie die Welt erstmals deutlich in zwei Kategorien von Staaten eingeteilt wird: in jene, die, einmal im Nuklearklub akzeptiert, nach Belieben atomare Waffen herstellen und damit ihren Rüstungsvorsprung ungehindert vergrößern können, und in jene andere Kategorie von Staaten, die für unabsehbare Zeit auf dieses Symbol machtpolitischen Prestiges und militärischer Sicherheit verzichten werden.

Da gegenwärtig die fünf Nuklearmächte mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates identisch sind, halten viele den Augenblick für gekommen, eine Weiterverbreitung der Kernwaffen über diesen Kreis hinaus zu verhindern. Vorläufig hat dieses einleuchtende Argument allerdings den Schönheitsfehler, daß das kommunistische China noch nicht Mitglied des Sicherheitsrates ist — und offenbar auch nicht die Absicht hat, es in nächster Zeit zu werden. Im übrigen wird man mit gutem Recht

die Frage stellen können, weshalb ausgerechnet Indien, Japan oder Deutschland von der Nuklearbewaffnung auf immer ausgeschlossen werden sollen. Werden sie es nicht, dann werden Israel, Pakistan, Italien, Schweden und andere Länder sich ebenfalls Eintritt in den „Klub“ verschaffen wollen. Es ist schwer zu sehen, wo diese Kette mit vernünftigen Argumenten jemals unterbrochen werden kann.

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die *gegen*, und noch mehr, die *für* eine Proliferation sprechen. *Dagegen* sprechen vor allem die Furcht vor der Verseuchung der Welt mit Kernwaffen, die hohen Kosten der Nuklearbewaffnung und die Sorge, daß eine weitere Proliferation die Kontrolle der Kernwaffen erschweren, die Begrenzung kleinerer Konflikte auf konventionelle Waffen praktisch unmöglich machen und damit eine Intervention der Großmächte herbeiführen werde.

Von den mannigfachen Gründen, die einen Staat zur nuklearen Bewaffnung veranlassen können, stehen insbesondere zwei im Vordergrund: das Bedürfnis nach *Prestige* oder, wenn man will, machtpolitischem Status und nach *Sicherheit*, das heißt nach Erhöhung der Verteidigungskraft. In den meisten Fällen werden beide Erwägungen zusammenfallen. Das war, obzwar mit deutlichen Unterschieden, bei allen Nuklearmächten der Fall. Einzig bei den USA spielte das militärpolitische Ziel einer möglichst raschen Beendigung des Krieges eine vorrangige Rolle. Im Falle Frankreichs und Chinas wurde das ausgeprägte Prestigebedürfnis von der Entschlossenheit verstärkt, sich um jeden Preis von der tatsächlichen oder vermeintlichen Bevormundung durch die Führungsmacht zu befreien. Bis zu einem gewissen Grade könnte die erwähnte Verbindung zwischen nuklearem Status und permanenter Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bei einigen Staaten zu einer ähnlichen Reaktion verletzten Nationalstolzes führen. Wenn den vom gegenwärtigen Fünferklub ausgeschlossenen Mittelmächten (etwa Indien) kein entsprechender politischer Ausgleich geboten wird, würde eine solchermaßen begründete Begrenzung des

Eine solche Entwicklung ist durchaus denkbar, ja vielleicht sogar wahrscheinlich. In diesem Falle dürfte die Welt in den nächsten zehn Jahren etwa acht bis zehn Nuklearmächte zählen; niemand weiß, wie viele es in zwanzig Jahren sein werden. Jede Trennungslinie ist willkürlich. Es ist ein schwacher Trost, daß sie noch willkürlicher wird, je weiter die Proliferation fortschreitet.

Gründe der Proliferation

Nuklearklubs die Proliferation eher fördern als verhindern helfen.

Zu den bereits genannten Gründen kommen drei weitere Überlegungen, die den Entschluß zur nuklearen Bewaffnung begünstigen können: die Hoffnung auf den *wirtschaftlichen Nutzen* eines umfassenden Atomenergie-Programms, die Erwartung, auf diese Weise ein *stärkeres Gewicht* in der internationalen Politik und besonders gegenüber dem nichtnuklearen Nachbarn zu gewinnen, und schließlich die resignierende Einsicht, daß eine Proliferation unvermeidlich ist. Manche Staaten, die aus Furcht vor der Proliferation auf eine nukleare Bewaffnung verzichten möchten, werden diese Zurückhaltung aufgeben, wenn sie einmal von der *Unvermeidbarkeit der Proliferation* überzeugt sind.

Viele dieser Motive, in unterschiedlicher Stärke, lassen sich bei den nächsten Anwärtern auf eine Nuklearbewaffnung nachweisen. Im Falle *Israels* überwiegt deutlich das Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit; Prestige-gründe dürften bei einem so kleinen Land ohne machtpolitischen Ehrgeiz, aber in dauernder Konfrontation mit einer feindlichen Umwelt und einem unkontrollierbaren Rüstungswettlauf, kaum eine Rolle spielen. Demgegenüber ist bei *Indien* der Prestigefaktor nicht minder bedeutsam. Für Indien ist es eine Frage des nationalen Selbstrespekts, sich in der machtpolitischen Auseinandersetzung und Rivalität zu behaupten und sich als führende demokratische Macht in der afroasiatischen Welt auszuweisen. Ein Verzicht auf eine eigene Atomrüstung wird Indien um so schwerer fallen, als es bereits über hochentwickelte Reaktoranlagen verfügt und ohne weiteres in

der Lage wäre, in kurzer Zeit mit einem Testversuch in den nuklearen Klub einzutreten. Wenn es das tut, dann wird *Pakistan* alles daransetzen, es dem vielbeneideten Rivalen nachzumachen.

Mit dem Fortschreiten des chinesischen Nuklearprogramms wird früher oder später auch *Japan* sich der ansteckenden Proliferation nicht entziehen können. Vorläufig stehen dem große innenpolitische Widerstände entgegen. Sie werden aber schwächer werden, wenn das japanische Selbstbewußtsein gegen die erdrückende amerikanische und chinesische Übermacht zu rebellieren und sich das Bündnis mit den USA zunehmend zu lockern beginnt.

Die Lage der *Bundesrepublik Deutschland* als ebenfalls besiegt Land ist derjenigen Japans nur entfernt ähnlich. Bis heute hat der westdeutsche Teilstaat jedem Großmachtstreben entsagt und außerdem ausdrücklich auf die eigene Herstellung von Atomwaffen verzichtet. Eine fortschreitende Proliferation rund um Deutschland dürfte aber die Frage der Atombewaffnung neu stellen. Sicherheits- und Prestige Gründe stehen zweifellos im Vordergrund,

vor allem dann, wenn der Bundesrepublik ein Mitspracherecht über den Einsatz nuklearer Waffen weiterhin vorenthalten wird. Die Fortdauer des nichtnuklearen Status wird der drittstärksten Industriemacht der Welt, die sich außerdem in einer militärisch exponierten Lage befindet, nur noch schwer zuzumuten sein, wenn er von wirtschaftlich und politisch unvergleichlich schwächeren Ländern als untragbar verworfen wird. Bereits eine schweizerische Atomrüstung würde in der Bundesrepublik (und wahrscheinlich auch in Italien) mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen werden.

Bei Staaten wie der *Schweiz* und *Schweden* sind natürlich verteidigungspolitische Überlegungen ausschlaggebend. Außerhalb eines Allianzsystems stehend, genießen sie nicht den Schutz einer Nuklearmacht. Deshalb kann ihnen die Anschaffung wenigstens taktischer Atomwaffen als unerläßlich für die Aufrechterhaltung ihrer Neutralität erscheinen. Auch nichtnukleare Mitgliedstaaten einer Allianz könnten zu ähnlichen Entschlüssen kommen, wenn der ihnen zugesicherte Nuklearschutz an Glaubwürdigkeit verliert.

Technische und wirtschaftliche Aspekte der Proliferation

Jeder Staat, der seine Streitkräfte mit nuklearen Waffen ausrüsten will, sieht sich vor zwei miteinander zusammenhängende Probleme gestellt: er muß sich einmal jene *nuklearen Sprengkörper* verschaffen, die seinen militärischen Bedürfnissen entsprechen; und er muß zweitens *Trägerwaffen* erwerben, die diese Sprengkörper an das für sie bestimmte Ziel bringen ¹⁾. Die folgenden Ausführungen befas-

sen sich ausschließlich mit der ersten Frage, also der nuklearen Proliferation im eigentlichen Sinne. Das heißt keineswegs, daß die Beschaffung der geeigneten Trägerwaffen, vor allem Raketen, bis zu einem gewissen Grade auch strategische Bomber, ein Problem zweiter Ordnung ist. Atomwaffen sind nur dann militärisch sinnvoll und militärisch *und* politisch glaubwürdig, wenn eine gute Chance besteht, sie ins Ziel zu bringen. Die Gegenüberstellung der Fälle China und Indien illustriert dies besonders eindrücklich: China könnte sich theoretisch durchaus mit Bomberflugzeugen als nuklearem Transportmittel zufriedengeben, um von Tibet aus wichtige Zentren Indiens empfindlich zu treffen (allerdings weder die USA oder die Sowjetunion). Demgegenüber wird

¹⁾ Die folgenden Angaben wie eine Reihe von Anregungen verdankt der Verfasser vor allem den Veröffentlichungen des Institute for Strategic Studies, in erster Linie dem Buch von L. Beaton/J. Maddox, *The Spread of Nuclear Weapons* (London 1962) und der demnächst erscheinenden Studie von L. Beaton, *Must Nuclear Weapons Spread?*

eine indische Atomwaffe für China nur dann glaubwürdig, wenn sie mit Hilfe von Langstreckenraketen über die viel längeren Distanzen in chinesische Industriezentren gebracht werden kann. Das bedeutet, praktisch gesprochen, den Aufbau eines von der Nuklearrüstung völlig verschiedenen und äußerst kostspieligen Rüstungszweiges, wenigstens solange solche Trägerwaffen nicht „auf dem Markt“ zu erwerben sind.

Einer Beschaffung von Nuklearwaffen, unabhängig von ihrer Größe, stehen heute noch zwei sehr große Schwierigkeiten entgegen: die *Art* ihres Erwerbs und die *Kosten*. Bis jetzt gibt es, wie gesagt, keine Anzeichen, wonach die fünf Nuklearmächte bereit wären, Atomwaffen an Drittstaaten weiterzugeben. Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien, die auf Grund ihres vorhandenen Potentials hierzu in der Lage wären, haben sich gegen die Proliferation gewendet. Frankreich wird wegen eines noch äußerst beschränkten Potentials kaum, China, das in den ersten Anfängen nuklearer Rüstung steckt, auf lange Sicht überhaupt nicht in der Lage sein, Atomwaffen abzugeben (wohl aber entscheidende technisch-materielle Hilfe).

Möglich, wenn auch wenig wahrscheinlich, sind allerdings drei andere Wege, der Proliferation Vorschub zu leisten: die Lieferung spaltbaren Materials für Waffenzwecke, die Vermittlung technischer Informationen und die Abgabe wichtiger, für die Nuklearrüstung unentbehrlicher Komponenten. So hat Kanada bereits größere Mengen Uraniums an die USA und Großbritannien abgegeben, in voller Kenntnis der Tatsache, daß es für militärische Zwecke verwendet wird. Andererseits liefert Kanada Uranium an Indien mit der ausdrücklichen Auflage, es ausschließlich für friedliche Zwecke zu verwenden. Seit der Gründung der *Internationalen Atomenergie-Agentur* (IAEA) wurden die meisten, aber nicht alle bilateralen Abkommen dieser Art „multilateralisiert“, das heißt von der IAEA übernommen und einem internationalen Kontrollsystem unterworfen, das die friedliche Verwendung des gelieferten Urans sichern soll. Struktur und Kontrollmechanismus der IAEA reichen aber

nicht aus, Umgehungen zu verhindern. Ganz im Gegenteil scheint gerade hier, auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie, die bewußt geförderte Verbreitung von Atomreaktoren ein unbeabsichtigter Helfer der nuklearen Proliferation zu werden²⁾. Mit der wachsenden Zahl von Plutonium produzierenden Reaktoren in immer mehr Ländern wird sich bei diesen früher oder später die Frage stellen, was mit diesem Plutonium (also dem Grundstoff einer auf Plutonium basierenden Atombombe) geschehen soll. Auch wenn bis zu seiner Verwendung noch eine technisch sehr komplizierte und kostspielige Wegstrecke zurückzulegen ist, zeigt sich hier doch auf dem Umweg über die friedliche Atomenergie-Nutzung eine Quelle zu weiterer Proliferation. Sie dürfte in den kommenden Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen.

Von den drei aus Uranium gewonnenen spaltbaren Materialien (Uranium-235, Plutonium-230 und Uranium-233) wurden, soweit bekannt, nur die ersten beiden für die Herstellung nuklearer Waffen verwendet. Dabei ist die Herstellung von Nuklearbomben auf der Basis von angereichertem Uran-235 unvergleichlich komplizierter und teurer als die Plutonium-Bombe. Sie scheint aber praktisch der einzige Weg zu sein, um damit eine Wasserstoffbombe zur Explosion zu bringen. Deshalb haben alle Atommächte, wahrscheinlich China bereits eingeschlossen, *beide* Produktionsweisen gewählt.

Für wirtschaftlich schwächere Länder wird wohl in erster Linie die billigere *Plutonium-Produktion* in Frage kommen. Aber auch hierfür bedarf es beträchtlicher Mengen an Uranium, einen oder mehrere große Atom-Reaktoren und einer Anlage zur chemischen Spaltung des gewonnenen Plutoniums. All dies ist ein ebenso teurer wie komplizierter Prozeß. Er erstreckt sich über mehrere Jahre und

²⁾ So haben die USA unter anderm in folgenden Ländern Forschungsreaktoren aufgebaut: in Formosa (1961), Kolumbien (1964), im Kongo (Leopoldville) (1959), in Indonesien (1964), Iran (1964), Südkorea (1962), Vietnam (1963) usw.

erfordert einen großen Stab hochqualifizierter Wissenschaftler und Techniker. Trotzdem wird man sagen können, daß *wirtschaftliche Rücksichten* heute *kein stichhaltiges Argument* mehr gegen eine Nuklearbewaffnung sind. Ein Land wie die Schweiz dürfte deshalb materiell durchaus in der Lage sein, innerhalb weniger Jahre mit einem grob geschätzten Kostenaufwand von mehreren hundert Mio. Franken eine Anzahl kleinerer Plutonium-Bomben herzustellen.

Die Verhinderung der Proliferation

Kann eine Weiterverbreitung der Kernwaffen angesichts der geschilderten Lage überhaupt verhindert werden? Wir wissen es nicht. Jedenfalls gibt es keine Patentlösungen: Die Proliferation läßt sich weder einfach durch einen Vertrag zwischen nuklearen und nichtnuklearen Staaten „verbieten“, noch genügt eine Ausweitung des Moskauer Teststopp-Abkommens auf unterirdische Versuche. Aussicht auf einigen, kaum vollständigen Erfolg hat bestenfalls eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen verschiedenster Art, zu verschiedener Zeit unternommen und an verschiedene Adressaten gerichtet; kurz: eine Art *Strategie der Non-Proliferation*. Die denkbaren Maßnahmen lassen sich in vier Kategorien einteilen: erstens die *Verminderung der Proliferationsmöglichkeiten* (vor allem also Beschränkung und Kontrolle des spaltbaren Materials), zweitens die *Erweiterung des internationalen Sicherheitssystems* (Garantien), drittens umfassendere *Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen* und viertens eine *Veränderung des internationalen Klimas*.

Reduktion der Proliferationsmöglichkeiten

Hier sind es vor allem zwei Maßnahmen, die zum mindesten eine Verlangsamung der Proliferation herbeiführen können: die bereits erwähnte und seit langer Zeit erörterte Ausdehnung des Moskauer Teststopp-Abkommens von 1963 auf unterirdische Versuche und die

Viel größere Schwierigkeiten verursachen dagegen der *Mangel an technischen Kadern* und die Beschaffung von Uranium für militärische Zwecke. Sie ist zur Zeit praktisch noch unmöglich. Mit der fortschreitenden Entwicklung und Ausbreitung der Atomwissenschaft und einem Anwachsen der Reserven an spaltbarem Material (das heißt einem Sinken seines Preises und seiner leichteren Verfügbarkeit) wird aber auch dieses Hindernis allmählich kleiner und steigen die Chancen für die Proliferation.

Einstellung der Produktion spaltbaren Materials.

Bis jetzt war es die Kontrollfrage, an der die Ausdehnung des Moskauer Vertrages scheiterte: Die Amerikaner beharrten, nach mehrmaligem Entgegenkommen, auf einer Mindestzahl von sieben An-Ort-Inspektionen pro Jahr, die Sowjets wollten nicht mehr als drei Inspektionen zugestehen. Später zogen sie auch dieses Angebot zurück. Inzwischen glauben westliche Wissenschaftler, daß man heute mit neu entwickelten seismographischen Geräten auch ohne solche Kontrollen auskommen kann. Washington hat sich vorläufig dieser optimistischen Ansicht nicht angeschlossen. Trotzdem besteht Grund zur Annahme, daß sich die beiden Großmächte unter dem gemeinsamen Druck der Proliferation schließlich doch auf eine Kompromißformel einigen werden. Das Moskauer Abkommen hat ihnen gezeigt, daß sie fast alle Staaten der Erde hinter sich bringen können, wenn und solange sie selbst einig sind. Ein vollständiges Verbot der Nuklearversuche dürfte es jedem Anwärter auf Nuklearwaffen erheblich schwerer machen, diese Waffen zu produzieren. Theoretisch ist dies ohne Versuche möglich; in der Praxis wird sich kaum eine Armeeführung bereitfinden, bei so wichtigen und kostspieligen Waffen auf Versuche zu verzichten. Ein Staat wird sich außerdem überlegen, ob es sich lohnt, die Weltöffentlichkeit mit einem Vertragsbruch herauszufordern.

Der zweite Weg ist eine möglichst umfassende Kontrolle des vorhandenen oder noch weiter zu produzierenden spaltbaren Materials. In den Abrüstungsverhandlungen hat der Westen immer wieder die Forderung nach einer Einstellung („cut-off“) der Produktion dieses Materials erhoben. Diese Maßnahme betrifft also in erster Linie die Nuklearmächte selbst und ist damit frei von dem Odium, abermals ausschließlich zu Lasten der Nicht-Nuklearen zu gehen. Bis heute haben sich die USA, die Sowjetunion und Großbritannien nur zu einer sehr geringfügigen Produktionsverminderung bereithalten können (im April 1964). Sie ändert kaum etwas an dem großen Überschuss an spaltbarem Material in Ost und West.

Ein solcher „cut-off“ ließe sich am leichtesten zu Beginn jenes Produktionsstadiums kontrollieren, in dem das Material für militärische Zwecke aufbereitet wird. Bei Plutonium-239 ist es die chemische Trennungsanlage, bei Uran-235 die Gasdiffusions-Anlage. Beide Anlage-Arten sind heute noch äußerst selten: Gasdiffusions-Anlagen gibt es in den USA drei, in der Sowjetunion zwei, in Großbritannien und Frankreich je eine, während sich in China eine im Aufbau befindet; somit verfügt also kein nichtnukleares Land über eine derartige ungemein kostspielige Anlage. Außer den Nuklearmächten verfügt lediglich Indien über eine noch bescheidene Trennungs-Anlage, eine zweite befindet sich unter Aufsicht der Europäischen Atomenergie-Kommission auf belgischem Boden. Es bestünde also einige Aussicht, die Proliferation sozusagen „an der Wurzel“ zu verhindern. Es ist denkbar, daß die Internationale Atomenergie-Kommission oder eine ihr ähnliche Organisation die Produktion oder Konservierung spaltbaren Materials übernimmt und es unter entsprechenden Garantien an Interessenten abgibt.

Sicherheitsgarantien

Eine der heikelsten Fragen ist die nach der glaubwürdigen Gegenleistung für einen Verzicht auf nukleare Bewaffnung. Welche übrigen Motive auch immer für den Entschluß

zur Atombombe vorliegen, die Stärkung der Verteidigungskraft (und damit Erhöhung der nationalen Sicherheit) spielt durchweg eine hervorragende Rolle. Ein Staat wie Israel dürfte kaum von einem solchen Entschluß abzubringen sein, wenn er nicht Gewähr hat, für seinen Verzicht mit so ausreichenden Garantien versehen zu sein, daß er damit einen ungefähr gleich hohen Sicherheitsgrad erreicht. Praktisch gibt es diese Gegenleistung nicht. Sicherheit ist keine Tauschware. Jeder Staat wird letzten Endes genau *das* für seine eigene Sicherheit tun, was er — und er allein — für notwendig hält. Deshalb ist jede noch so umfangreiche und dauerhafte *internationale* Garantie letztlich weder ausreichend noch glaubhaft. Das beweist das Beispiel Deutschlands, eines Landes also, das über alle denkbaren Garantien innerhalb eines weltweiten Alliansystems verfügt und dennoch nicht restlos von ihrer unbedingten Zuverlässigkeit und Dauer überzeugt ist. In der Tat läßt sich keine Form internationaler Verpflichtungen denken, die dem Sicherheitsbedürfnis eines Staates vollauf genügen können. Es gibt mit anderen Worten keine „Garantie“ im strengen Sinne, die einem Land unter allen Umständen Schutz und Sicherheit bieten kann; es gibt bestenfalls *Zusagen* für eine Ergänzung seiner eigenen Sicherheitsvorkehrungen. Eine internationale Garantie muß zudem von jedem protektionistischen Beigeschmack frei sein. Die Überempfindlichkeit mancher Staaten macht dies äußerst schwierig. Die bisherige Zurückhaltung Indiens gegenüber der Idee solcher Garantien durch die Großmächte findet darin ihre teilweise Erklärung. In der Sicht mancher Indier würde die Garantie lediglich den fragwürdigen Status *geborgter Stärke* verleihen, gleichgültig, ob sie von einer oder allen Nuklearmächten kommt. In den Augen der indischen Öffentlichkeit und mindestens ebenso der afroasiatischen Welt würde sich dann Indiens Unabhängigkeit mehr auf fremde (zudem „weiße“) Hilfe als auf *eigene Macht* gründen. Das Gefühl machtpolitischer Deklassierung wird um so stärker sein, wenn Indien durch einen Nuklearverzicht auf unbestimmte Zeit vom Gremium der Großmächte (also bei-

spielsweise von der ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat) ausgeschlossen und damit auch institutionell in die hinteren Plätze der internationalen Hierarchie verwiesen bliebe.

Die Beispiele Deutschland und Indien zeigten bereits, wie sehr der Plan solcher Garantien der Verbesserung und Verfeinerung bedarf, um überhaupt diskutierbar zu sein. *Militärisch* wird eine Garantie nur dann wirksam und glaubwürdig sein, wenn sie möglichst durch eine örtliche Präsenz der Garantiemächte — sozusagen als „Pfand“ des Hilfsversprechens — gestützt ist. *Politisch* darf die Garantie für den betreffenden Staat keine sichtbare Einbuße an Prestige mit sich bringen. Sie muß also unter Umständen den mit der Garantie verbundenen Nuklearverzicht politisch in irgendeiner Weise honorieren. Im Falle Indiens wäre beispielsweise an die Verleihung eines besonderen Status im Kreise der Großmächte zu denken. Eine Garantie ist schließlich nur glaubwürdig, wenn sie *zeitlich nicht begrenzt* wird. Dazu wird sich jedoch kein Staat verpflichten wollen. Jeder Staat, der auf Grund eines Garantieabkommens auf eine eigene Nuklearbewaffnung verzichtet hat, muß sich deshalb die Frage stellen, was geschieht, wenn dieses Abkommen ausläuft oder unversehens beendet wird. Im besten Falle wird die Garantie erneuert, im schlimmsten Fall sieht sich der bisherige Garantieempfänger plötzlich vor die Entscheidung gestellt, doch noch eigene Atomwaffen zu beschaffen. Kostbare Jahre sind dann aber verloren und nochmals Jahre prekärer Sicherheit zu überstehen, bis schließlich diese Waffen verfügbar sind.

So bestechend also der Gedanke internationaler Garantien auf den ersten Blick erscheinen mag, so schwierig wird es sein, ihn in die politische Wirklichkeit zu übertragen. Paradoxerweise wird er ausgerechnet heute für *blockfreie* Länder vorgebracht, nachdem ähnliche Garantien innerhalb der *Allianzsysteme* fragwürdig geworden sind. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die Proliferationsgefahr ausgerechnet in der blockfreien Welt am größten ist.

Abrüstung und Rüstungskontrolle

Hierher gehört zweifellos in erster Linie der eigentliche *Non-Proliferations-Vertrag*. Als Rüstungskontrollmaßnahme braucht er zwar nicht zu weiteren Abrüstungsvereinbarungen zu führen. Trotzdem ist er letztlich nur dann sinnvoll, wenn er als Teil einer umfassenderen Abrüstung aufgefaßt und konzipiert wird.

Bereits die sogenannte *irische Resolution* der UN-Vollversammlung vom Jahre 1961 und neuerdings die britischen Vorschläge an der Genfer Abrüstungskonferenz sehen zwei Vertragsteile vor: eine Verpflichtung der Nuklearmächte, keine Atomwaffen an Drittstaaten weiterzugeben beziehungsweise Informationen zu vermitteln, und eine Verpflichtung der nichtnuklearen Staaten, keine Atomwaffen zu erwerben beziehungsweise selbst herzustellen.

Bis heute haben sich Ost und West nicht darüber einigen können, was unter „Weitergabe von Atomwaffen“ zu verstehen ist. Wohl mehr aus Gründen politischer Taktik hält die Sowjetunion daran fest, daß selbst die Beteiligung am Verfügungsrecht über nukleare Waffen schon als „Weitergabe“ aufzufassen und deshalb zu verbieten ist. Die Diskussion entzündete sich bekanntlich am amerikanischen Projekt einer multilateralen Streitmacht (MLF). Es sollte insbesondere der Bundesrepublik ein Mitverfügungsrecht über den Einsatz nuklearer Waffen geben, sie aber von deren Besitz ausschließen. Damit wäre nach westlicher Auffassung ein Ausweg gefunden, den politisch und militärisch wichtigen Staaten eine Art seminuklearen Status zu verleihen, der einerseits ihren Ansprüchen auf Sicherheit und Prestige weitgehend genügt, andererseits eine Proliferation verhindert. Es ist fraglich, ob sich ein Staat wie die Bundesrepublik — und möglicherweise andere Staaten — mit weniger begnügen werden. Man wird jedenfalls kaum erwarten können, daß sie sich trotz oder wegen eines Non-Proliferations-Abkommens nicht eine Option offenhalten werden, die ihnen später, falls notwendig, dennoch eine Änderung ihres nuklearen Status erlaubt. Ein solches Abkom-

men wird deswegen nur dann glaubwürdig und von Dauer sein, wenn es die Staaten zu überzeugen vermag, daß seine Einhaltung in ihrem eigenen und nicht nur im Interesse anderer Staaten liegt.

Ähnliches gilt auch für die *Schaffung atomwaffenfreier Zonen*. Es läßt sich durchaus denken, daß bestimmte, außerhalb der direkten Ost-West-Konfrontation liegende Regionen von einer nuklearen Verseuchung freigehalten werden können. Das trifft beispielsweise auf Afrika, Lateinamerika und den Mittleren Osten zu. Die Voraussetzung hierzu ist allerdings zum mindesten zweifach: daß sich er-

stens alle Staaten dieses Raumes der Verzichtserklärung anschließen und sich einer internationalen Kontrolle öffnen, und daß zweitens die Nuklearmächte gemeinsam für die Sicherheit dieser Zonen verantwortlich zeichnen. Beide Voraussetzungen sind gleichermaßen schwer erfüllbar. Sie dürften aber das Minimum darstellen, das für einen Staat in der Lage Israels annehmbar ist. Dabei ist die weitere Frage noch gar nicht gestellt, ob die Errichtung einer solchen Zone nicht den konventionellen Rüstungswettlauf beschleunigen hilft oder die beteiligten Staaten nicht veranlaßt, auf das Gebiet der biologischen und chemischen Waffen auszuweichen.

Eine Strategie der Non-Proliferation

Diese nur cursorische Aufzeichnung verschiedener Wege zur Verhinderung der Proliferation zeigt bereits, wie problematisch, lückenhaft und zerbrechlich jede der angeführten Maßnahmen ist. Sie alle sind, für sich genommen, ungenügend; sie alle werden dann scheitern, wenn ein Staat zur Überzeugung gelangt, daß eigene Nuklearwaffen für seine Sicherheit und sein Prestige letztlich doch unentbehrlich sind. Entscheidend ist deshalb, eine solche Situation gar nicht erst entstehen zu lassen oder sie wenigstens zu einem solchen Ausnahmefall zu machen, daß ein derartiger Einbruch in die Non-Proliferation als Sonderfall qualifiziert und damit eine Kettenreaktion verhindert werden kann. (Der erste Testfall dafür könnte Indien sein.) Das wird nur dann gelingen, wenn die verschiedenen Anti-Proliferationsmaßnahmen aufeinander abgestimmt, der Non-Proliferation das Odium der Diskriminierung genommen und die Nuklearmächte selbst zu einer Herabsetzung ihres eigenen Rüstungspotentials gebracht werden können.

Eine solche *Strategie der Non-Proliferation* ist nur möglich, wenn das dafür geeignete internationale Klima geschaffen werden kann. Das heißt vor allem, den Nuklearwaffen den ihnen zugehörigen Platz im modernen Rüs-

stungsarsenal zuzuweisen, mit anderen Worten, ihren Besitz nicht mit einem Großmachtstatus gleichzusetzen und den Nuklearwaffen einen unverhältnismäßig hohen politischen Nutzeffekt zuzuschreiben. Gerade viele wohlmeinende Atomgegner erweisen dem Bemühen um eine Non-Proliferation einen schlechten Dienst, wenn sie *nur* militärische Zerstörungskraft der Nuklearwaffen verurteilen, ohne zugleich darauf hinzuweisen, daß sie ihren Besitzern auch erhebliche machtpolitische Beschränkungen auferlegt. Die Überbewertung der Atombombe ist deshalb ebenso gefährlich wie ihre Unterschätzung. Das gilt vor allem für die nukleare Testexplosion. So war es technisch und militärisch ungerechtfertigt und politisch falsch (wenn auch psychologisch verständlich), China nach seinem ersten Test bereits zu den Nuklearmächten zu zählen. Es wurde ihm damit, fast unbesehen, die Mitgliedschaft bei dem exklusiven Nuklearklub eingeräumt. Das bedeutet nichts anderes, als daß sich Peking, sozusagen als „Belohnung“ für zwei Nuklearversuche, auf die Seite jener stellen kann, die von einem Verbot der Proliferation ausgenommen und deshalb ihre Atombewaffnung nach eigenem Gutdünken vorantreiben können.

Es ist zugegebenermaßen recht schwierig, zu bestimmen, wann genau ein Staat den Status einer Nuklearmacht erreicht hat. Entscheidend wird wohl letztlich seine unmißverständliche Willensäußerung sein, eigene Atomwaffen zu beschaffen. Eine Testexplosion *kann* dies beweisen. Dem *muß* nicht unbedingt so sein, wenn sich ein Staat mit ihr lediglich den Eintritt in den Nuklearklub mit möglichst geringem Aufwand „erschleichen“ will. Solange also die öffentliche Meinung jeden nuklearen „Knall“ bereits als Zeugnis nuklearer Macht ansieht, wird dies den Anreiz zur Proliferation nur erhöhen.

Es gehört deshalb zu einer Strategie der Non-Proliferation, die besonders gute Verhand-

lungsposition eines Staates hervorzuheben, der technisch ohne weiteres zu einem solchen Test in der Lage, jedoch für entsprechende Gegenleistungen darauf zu verzichten bereit ist. Umgekehrt werden die Nuklearmächte gut beraten sein, die Non-Proliferation nicht zur Stärkung ihrer Machtposition auszunutzen, sondern sie als Verpflichtung für die eigene nukleare Selbstdisziplin aufzufassen. Nur wenn beide Seiten, die nukleare und die nichtnukleare, ein Mindestmaß an Selbstbeschränkung aufbringen, kann jenes Klima einer weltweiten Interessengemeinschaft entstehen, das eine Ausbreitung der Kernwaffen begrenzen hilft.